

## Selbstständiger Antrag von Abgeordneten (§ 21 GeoLT)

eingbracht am 17.01.2025, 11:47:29

**Landtagsabgeordnete(r):** LTAbg. Jochen Bocksruker (SPÖ), LTAbg. Mag.Dr. Wolfgang Dolesch (SPÖ), LTAbg. Mag.(FH) Stefan Hofer (SPÖ), LTAbg. Andreas Thürschweller (SPÖ), Dritte Landtagspräsidentin Helga Ahrer (SPÖ), LTAbg. Chiara-Sophia Glawogger (SPÖ), LTAbg. Mag. Doris Kampus (SPÖ), LTAbg. Maximilian Lercher (SPÖ), LTAbg. Klaus Zenz (SPÖ)

**Fraktion(en):** SPÖ

**Zuständiger Ausschuss:** Gemeinden und Wahlrecht

**Regierungsmitglied(er):** Landesrätin MMag. Barbara Eibinger-Miedl, Landesrat Mag. Stefan Hermann, MBL, Landeshauptmann-Stv. Manuela Khom

**Betreff:**

***Aussetzung der Landesumlage zur kurzfristigen Entlastung der steirischen Städte und Gemeinden sowie zur Stärkung der regionalen Wirtschaft***

Die steirischen Städte und Gemeinden stehen angesichts der aktuellen wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen vor erheblichen Herausforderungen. Steigende Energie- und Materialkosten, wachsende Sozialausgaben sowie rückläufige Einnahmen belasten die kommunalen Haushalte massiv. Diese angespannte Liquiditätslage wirkt sich nicht nur auf die Erfüllung kommunaler Aufgaben aus, sondern beeinträchtigt auch die regionale Wirtschaft, da die Kommunen als Auftraggeber und Investoren eine tragende Rolle spielen.

Viele Städte und Gemeinden kämpfen bereits mit akuten Liquiditätsengpässen, die sich in den kommenden Monaten weiter verschärfen und ihre Handlungsspielräume erheblich einschränken werden. Die Folgen dieser Entwicklung sind weitreichend:

- Um ihre Haushalte auszugleichen, sehen sich viele Gemeinden gezwungen, drastische Einsparungen vorzunehmen, die die Lebensqualität der Steirerinnen und Steirer unmittelbar beeinträchtigen.
- Essentielle Leistungen, wie der Ausbau und die Erhaltung von Plätzen in der Kinderbildung und -betreuung, die Instandhaltung der kommunalen Infrastruktur sowie soziale Unterstützungsleistungen und Vereinsförderungen, stehen unter immensem Druck.
- Als bedeutende Auftraggeber für lokale Unternehmen, insbesondere in den Bereichen Bau, Dienstleistungen und Gewerbe, wirken sich Investitionsstopps oder Projektverschiebungen unmittelbar negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen aus.

In diesem Kontext ist die vorübergehende Aussetzung der Landesumlage eine sinnvolle Maßnahme. Sie würde den Kommunen dringend benötigte finanzielle Spielräume verschaffen, um ihre lokalen Dienstleistungen ohne Einschränkungen fortzuführen. Gleichzeitig könnten freigewordene Mittel gezielt in regionale Investitionen fließen, wie z. B. den Ausbau der Kinderbildungsplätze oder der Breitbandinfrastruktur, wodurch sowohl die lokale Wirtschaft gestärkt als auch Arbeitsplätze in den Regionen gesichert würden.

Besonders in Krisenzeiten ist eine solche Unterstützung zentral, um die wirtschaftliche Stabilität zu fördern und die Lebensqualität in den Städten und Gemeinden zu bewahren. Die Sicherstellung der kommunalen Leistungsfähigkeit liegt nicht nur im Interesse der Gemeinden selbst, sondern auch im Interesse der gesamten Bevölkerung und Wirtschaft der Steiermark.

Es wird daher der

### **Antrag**

gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. Einen dringenden Kommunalgipfel einzuberufen, um die angespannte finanzielle Lage der Städte und Gemeinden zu analysieren und gemeinsam nachhaltige Lösungsansätze zu erarbeiten.
2. Die Landesumlage vorübergehend auszusetzen, um den Städten und Gemeinden in der Steiermark eine kurzfristige Entlastung zu ermöglichen und ihre Liquidität zu sichern.
3. Maßnahmen zu entwickeln, um die finanziellen Auswirkungen der Aussetzung der Landesumlage auf das Landesbudget zu kompensieren, ohne die Kommunen zusätzlich zu belasten.
4. Ein kommunales Investitionsprogramm aufzulegen, das die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und der regionalen Wirtschaft fördert und notwendige Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Daseinsvorsorge sicherstellt.
5. Wie im Regierungsprogramm festgelegt, den Bund unverzüglich zu Finanzausgleichsverhandlungen aufzufordern, mit dem Ziel, die Benachteiligung des Landes und der steirischen Gemeinden zu beenden.

### **Unterschrift(en):**

LTAAbg. Jochen Bocksrucker (SPÖ), LTAAbg. Mag.Dr. Wolfgang Dolesch (SPÖ), LTAAbg. Mag.(FH) Stefan Hofer (SPÖ), LTAAbg. Andreas Thürschweller (SPÖ), Dritte Landtagspräsidentin Helga Ahrer (SPÖ), LTAAbg. Chiara-Sophia Glawogger (SPÖ), LTAAbg. Mag. Doris Kampus (SPÖ), LTAAbg. Maximilian Lercher (SPÖ), LTAAbg. Klaus Zenz (SPÖ)